

AUFSATZ

Helge Schwiertz

Horizontale Citizenship

Eine Revision politischer Subjektivität anhand urbaner sozialer Bewegungen

Angesichts multipler Krisen erleben Bürger:innen in Europa die Restriktionen, das Versagen sowie die Abwesenheit nationalstaatlicher Institutionen. Diese Institutionen bieten kaum adäquate Antworten auf die Krisen und lassen wenig Raum für die Artikulation demokratischer Alternativen, was wiederum mit einer Krise etablierter Formen von Repräsentation und Citizenship einhergeht. Dies hat zum Aufstieg regressiver Bewegungen sowie zum Wachsen rechtspopulistischer und faschistischer Projekte beigetragen, die bestehende nationale Ideologien und soziale Ungleichheiten verstärken und von Hass- und Wutbürger:innen getragen werden. Gleichzeitig haben progressive soziale Bewegungen an Dynamik gewonnen, die hegemoniale Institutionen im Namen demokratischer Prinzipien infrage stellen, Alternativen bieten und parallele Infrastrukturen der Solidarität aufbauen.¹ Diese progressiven Bewegungen beziehen sich in der Regel weniger auf die »imaginäre Gemeinschaft« des Nationalstaats und eine entsprechend abgegrenzte Gemeinschaft von Bürger:innen, sondern auf Städte, Nachbarschaften und Communities mit offeneren beziehungsweise diffuseren Grenzen. Und sie beschränken ihre Praxis nicht auf Partizipation, Protest und Forderungen an den Staat, sondern engagieren sich in Praktiken der Solidarität, der wechselseitigen Sorge und des Gemeinsamen; Praktiken, die im Sinne »präfigurativer« Politik die von ihnen angestrebten Verhältnisse zumindest teilweise aktiv vorwegnehmen.²

Diese Praktiken haben auf den ersten Blick wenig gemein mit dem vorherrschenden liberalen Verständnis von Citizenship als formale Mitgliedschaft und individuelles Rechtsverhältnis zum Staat.³ Vielmehr zeigt sich hier politisches Handeln in sozialen Beziehungen, das eine Revision des Begriffs politischer Subjektivität erforderlich erscheinen lässt. Daher möchte ich die Frage aufwerfen: Welche Bedeutung hat Citizenship in diesen Kontexten progressiver Bewegungen und präfigurativer Politiken noch und wie können wir das Konzept neu denken, um diesen Veränderungen Rechnung

1 della Porta 2020; Schilliger 2021.

2 Sörensen 2023.

3 Bosniak 2008.

zu tragen? In der Auseinandersetzung mit dieser Frage möchte ich aufzeigen, wie die derzeitigen Entwicklungen trotz ihrer regressiven Tendenzen von einer progressiven Neuorientierung begleitet werden, die sich aus konflikthaften und kreativen politischen Praktiken auf lokaler Ebene ergibt. Inwieweit dies mithilfe von Citizenship-Begriffen verstanden werden kann und inwiefern solche Praktiken eine Revision dieser Begriffe anregen, steht im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen.

Mit dem Begriff »horizontale Citizenship« möchte ich zur Diskussion verschiedener Verständnisse von Citizenship und Politik beitragen und damit verbunden das analytische und normative Potenzial von Citizenship-Ansätze im Hinblick auf urbane soziale Bewegungen untersuchen.⁴ Ihre Impulse aufgreifend, löse ich Citizenship begrifflich aus einer engen Bindung an den Staat heraus. Im Mittelpunkt stehen daher weniger die Transformationen von Citizenship im etablierten institutionellen Rahmen und auch nicht primär die Neuformulierung vertikaler Staat-Bürger:innen-Beziehungen »von unten«. Vielmehr geht es um die vielfältigen Ausprägungen von Citizenship durch Solidaritätsbeziehungen in der Zivilgesellschaft und in sozialen Bewegungen.

Theoretisch beziehe ich mich hierbei auf Ansätze von urbaner und performativer Citizenship, die entscheidend dazu beigetragen haben, Citizenship über die Fixierung auf den Nationalstaat und formal-rechtlichen Status hinauszudenken.⁵ Ich knüpfte an zentrale Elemente dieser Ansätze an und kombiniere sie zu einem Ansatz »horizontaler« Citizenship, der weniger das vertikale Verhältnis zum Staat, sondern vielmehr alltägliche Beziehungsweisen zwischen Bürger:innen hervorhebt, wobei sich diese nicht durch Status, sondern ihren Praxiszusammenhang auszeichnen. Um eine solche alternative Perspektive zu eröffnen, beziehe ich mich auch auf das Konzept der *Horizontalidad*. Ein Konzept, das zunächst von argentinischen Bewegungen in den 2000er Jahren entwickelt und von den Bewegungen der Plätze in Griechenland, Spanien und anderen Ländern in den 2010er Jahren aufgegriffen und weitergeführt wurde.⁶ Diese Bewegungen haben alternative Wege der politischen Praxis aufgezeigt, die auf gegenseitiger Unterstützung und engen sozialen Beziehungen beruhen. Um diese Aspekte zu verdeutlichen, schlage

4 Schwierz (im Erscheinen). Den umfassenderen Begriff von Citizenship (»citizen« im Englischen, »Citoyen« im Französischen) verwende ich, um die staats-zentralistischen und bourgeoisen Engführungen zu vermeiden, die mit dem deutschsprachigen Begriff von (Staats-)Bürgerschaft verbunden sind. Um stellenweise eben jene Konnotation hervorzuheben, verwende ich gezielt »Staatsbürgerschaft«.

5 Holston 1999; Holston 2008; Isin 2008; Isin 2012; Isin 2024; für deutschsprachige Beiträge zur Debatte siehe Köster-Eiserfunke et al. 2014; Hess, Lebuhn 2014; Loick 2017; Kleinschmidt et al. 2019; Supik et al. 2022.

6 Sitrin 2012; Flesher Fominaya, 2020.

ich vor, Citizenship mit Konzepten zu kombinieren, die derzeit sowohl in akademischen Debatten als auch in sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle spielen: Solidarität⁷, Care⁸, und Commoning⁹. In diesem Prozess der Theorie(um)bildung ist die Auseinandersetzung mit konkreten politischen Initiativen ausschlaggebend.¹⁰ Empirisch beziehe ich mich hier auf Ergebnisse aus einem internationalen Forschungsprojekt mit elf städtebasierten Fallstudien in Italien, Dänemark, Deutschland, Slowenien und der Schweiz. Mittels eines Methodenmixes aus *Frame Analysis*, in der wir Dokumente von fast 100 Organisationen sozialer Bewegungen in Europa untersucht haben, und ethnografischer Feldforschung haben wir die Potenziale lokalpolitischer Initiativen im Hinblick auf die sozialen Felder Migration, Wohnen und Care sowie deren intersektionale Verbindungen untersucht.¹¹

Im Folgenden setze ich mich zunächst mit den vorherrschenden Verständnissen von Citizenship auseinander und konturiere den Begriff »horizontale Citizenship«. Diesen Begriff arbeite ich anschließend hinsichtlich verschiedener Dimensionen horizontaler Beziehungsgefüge weiter aus, indem ich ihn mit Konzepten von Solidarität, Care und Commoning verknüpfe. Abschließend konkretisiere ich die Bedeutung horizontaler Citizenship, indem ich näher auf eine politische Initiative geflüchteter Frauen eingehe, die wir im Rahmen einer der Fallstudien enger begleitet haben und anhand der ich zentrale Projektergebnisse hervorhebe, die für die Begriffsbildung prägend waren.

1. Horizontale Citizenship

Im alltäglichen Sprachgebrauch sowie in kanonisierten klassischen Werken der Sozialwissenschaften hat Citizenship in der Regel eine positive Konnotation. Sie wird mit einer Geschichte der politischen Emanzipation und den Rechten und Pflichten, die mit der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Bürger:innen einhergehen, in Verbindung gebracht. Linda Bosniak erklärt:

⁷ Agustín, Jørgensen 2019; Spade, 2020.

⁸ Santos 2020; Tronto 2013.

⁹ Caciagli, Milan 2021; Federici 2020.

¹⁰ Ich begreife diesen Prozess der Theorie(um)bildung als »Artikulation« im Sinne von Stuart Hall, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, um hervorzuheben, dass erstens die hierbei verknüpften Konzepte durch den Bezug, in den sie gestellt werden, selbst eine veränderte Bedeutung erhalten und dass zweitens die Verknüpfung mit empirischer Forschung zu einer weiteren Umbildung bestehender Theorieansätze und -konzepte führt (Schwierz 2024).

¹¹ »Enacting Citizenship and Solidarity in Europe ›From Below: Local Initiatives, Intersectional Strategies, and Transnational Networks‹ (2022–2025, gefördert von der VolkswagenStiftung; Pajnik et al. 2025). Die elf Städte wurden so ausgewählt, dass sie die historisch gewachsenen territorialen Gliederungen in den jeweiligen Ländern abdecken; die lokalpolitischen Initiativen in den einzelnen Städten wurden auf der Grundlage eines *Mappings* ausgewählt.

Citizenships »normative Wertigkeit [...] ist fast ausnahmslos positiv«.¹² In der kanonisierten Soziologie – bei Max Weber, Talcott Parsons oder Thomas H. Marshall – ist der Citizenship-Begriff ebenfalls durchweg positiv konnotiert. Citizenship erscheint als Instrument zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten; als Mittel der Emanzipation im Fortschritt von »traditionellen« zu »modernen« Gesellschaften.¹³ Im Kontrast dazu steht die zum Teil fundamentale Kritik an Citizenship als Herrschaftsinstrument: So wurde die koloniale und vergeschlechtlichte Formierung moderner Citizenship herausgearbeitet,¹⁴ nationale Citizenship wird als »feudal privilege«¹⁵ und »birth-right lottery«¹⁶ beschrieben. Marxistische Ansätze kritisieren Citizenship zudem als formalistisches Konstrukt, das kaum substanzelle Rechte für marginalisierte Klassen biete und faktische soziale Ungleichheiten verdecke.¹⁷ Im Modus einer rettenden Kritik möchte ich dennoch probieren, das deskriptive und normative Potenzial des Citizenship-Begriffs im Hinblick auf emanzipatorische Bestrebungen zu bergen.

Die kritische Auseinandersetzung mit vorherrschenden Verständnissen von Staatsbürgerschaft und die damit verknüpfte Konturierung des Begriffs von horizontaler Citizenship bauen vor allem auf zwei fallstudienübergreifenden Projektergebnissen auf: Dies sind zum einen Politikansätze, die im Alltäglichen gründen und zum anderen ist es die De-Privatisierung gesellschaftlicher Probleme durch politische Organisierungsprozesse. Erstens zeigen unsere Fallstudien in verschiedenen europäischen Städten die wachsende Bedeutung einer im Alltag verankerten Politik. Eine solche zeigt sich etwa darin, wenn nicht in erster Linie eine abstrakte Kritik an sozialer Ungleichheit formuliert wird, sondern konkret bei persönlich erfahrenen Problemen mit Vermieter:innen, dem Arbeitsamt oder der Ausländerbehörde, mangelnder Kinderbetreuung oder einer Verdrängung aus dem eigenen Stadtviertel ange-setzt wird – Probleme, die dann durchaus als Formen sozialer Ungleichheit artikuliert werden. Hier sehen wir eine empirische Verschiebung in den politischen Praktiken und vor allem eine Verschiebung der Aufmerksamkeit. Es ist in unserer Forschung deutlich geworden, dass alltägliche Politiken und Praktiken des Zusammenlebens und der Fürsorge entscheidend sind und dass wir die lokale Aktualisierung von Citizenship nur verstehen können, wenn wir diese Aspekte berücksichtigen.

12 Bosniak 2008, S. 12, Übersetzung H.S.

13 Kritisch dazu Boatcă, Roth 2016, S. 191 f.

14 Young 1989; Boatcă, Roth 2016.

15 Carens 1987.

16 Shachar 2009.

17 Marx 2006 [1843], S. 354–356.

Ein zweiter Aspekt, der sich in der Diskussion unserer Fallstudien herauskristallisiert hat, ist, dass die von uns untersuchten Gruppen neue soziale Bindungen und Gemeinsamkeiten schaffen. Statt die Probleme von Einzelnen bloß als deren private anzusehen und damit zu individualisieren, wie es neoliberaler Diskurse der Eigenverantwortung nahelegen, ermöglichen es die Gruppen, diese Probleme miteinander in Beziehung zu setzen und sie als soziale Probleme zu erkennen, die politisch bearbeitet werden müssen. Diesen Prozess begreifen wir auch als De-Privatisierung von Problemen und Vergesellschaftung von Lösungsansätzen, sodass Einzelne mit »ihren« Problemen nicht allein gelassen werden, sondern diese politisiert und gemeinsam bearbeitet werden.¹⁸

Zusammengenommen verweisen diese beiden Aspekte darauf, dass die von uns untersuchten Initiativen traditionelle Vorstellungen von Citizenship infrage stellen und zugleich die Perspektive unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Zugänge erweitern. Die im Fokus stehenden lokalen Gruppen verbinden politische Interventionen mit gegenseitiger Hilfe und sozialer Unterstützung und lassen sich nicht auf das eine oder das andere reduzieren: Sie gehen über Protestaktionen hinaus, die im Mittelpunkt von Studien über soziale Bewegungen oder Citizenship stehen; sie lassen sich aber auch nicht auf einzelne Fälle von Selbsthilfe oder Wohltätigkeit reduzieren, wie sie im Mittelpunkt vieler Untersuchungen zu Solidarität und Humanitarismus stehen. Stattdessen entwickeln die von uns begleiteten Organisationen und Bewegungen eine politische Praxis, die ich als »horizontale Citizenship« bezeichne.

Mit dem Begriff »horizontale Citizenship« möchte ich verdeutlichen, wie Citizenship durch solidarische Beziehungsweisen in sozialen Bewegungen und der weiteren Zivilgesellschaft ausgestaltet wird. Ein solchermaßen erweiterter Citizenship-Begriff ermöglicht es, grundlegend darüber nachzudenken, in welchen Formen wir Politik betreiben, welche Subjektivitäten und Beziehungsweisen ausschlaggebend sind; er ermöglicht, über staatszentrierte Definitionen hinauszugehen, ohne die gesellschaftliche Bedeutung von Staatlichkeit auszublenden – soziale Bewegungen nicht als notwendigerweise auf den Staat bezogen, aber auch nicht als gänzlich von ihm losgelöst zu begreifen.¹⁹ Dabei soll weniger eine Substanz, ein begrifflicher Kern von Citizenship herausgearbeitet, sondern vielmehr aufgezeigt werden, wie dieser Begriff sinnvollerweise mit anderen Bedeutungen verknüpft werden kann. Hinsichtlich der etablierten Traditionen von Citizenship löse ich

18 Gerdes et al. 2025.

19 Staatlichkeit begreife ich hier in Anlehnung an Poulantzas (2002) nicht als feststehende und der Gesellschaft entgegengesetzte Einheit, sondern als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

den Begriff von seiner Engführung auf ein liberales Verständnis, das in modernen europäischen Diskursen vorherrscht, und artikuliere stärker einen republikanischen Begriff von Citizenship, der auf politisches Engagement in einer Gemeinschaft abstellt,²⁰ ohne jedoch die in dieser Tradition etablierte Abgrenzung des Politischen vom Sozialen und die Beschränkung auf abgegrenzte Gemeinschaften wie die Nation übernehmen zu wollen.

So wie der Citizenship-Begriff gegenwärtig meist aufgefasst wird, erscheint er progressiven sozialen Bewegungen jedoch oft befreindlich, und auch viele Forscher:innen zögern, den Begriff in Bezug auf diese zu verwenden.²¹ Um dem zu begegnen, möchte ich das Vokabular von Citizenship einer Revision unterziehen, sodass es für die Analyse emanzipatorischer Politiken besser geeignet ist. Ein erster entscheidender Schritt besteht darin, traditionelle Vorstellungen von Citizenship infrage zu stellen und über die Fokussierung auf staatliche Institutionen, Mitgliedschaft und legalistische Vorstellungen hinauszugehen, die nicht nur den alltäglichen, sondern vielfach auch den wissenschaftlichen Diskurs prägen. Bürger:innen werden primär über ein vertikales Verhältnis zum Staat definiert, dessen Mitglieder sie sind. Diese Mitgliedschaft wird individuell als Rechtsstatus gefasst, der mit Rechten und Pflichten einhergeht, wobei die Gemeinschaft der einzelnen Bürger:innen als nationale imaginiert wird. Eine solches Citizenship-Konzept ist nicht nur ausschließend gegenüber Nicht-Bürger:innen und problematisch hinsichtlich der patriarchalen, kolonialen und klassistischen Entstehungsgeschichte europäisch-moderner Bürgerschaft. Es ist auch ein Konzept, dass Bürger:innen passiv macht, indem sie auf einen Status mit limitierter Partizipationsfunktion und eine Zugehörigkeit zu einer imaginierten Gemeinschaft reduziert werden.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Kritik drängt sich die Frage auf: Warum sollten wir uns überhaupt auf Citizenship-Begriffe beziehen, wenn wir politische Bewegungen mit emanzipatorischen Anliegen beschreiben? Ich möchte hier argumentieren, dass es gerade dessen Ambivalenz ist, die den Citizenship-Begriff politisch relevant und analytisch produktiv macht. Der Begriff ist untrennbar sowohl mit emanzipatorischen Bewegungen als auch mit der herrschenden Gesellschaftsordnung verbunden und erlaubt es dadurch, einen Blick auf deren Wechselbeziehung zu werfen. Obwohl Citizenship als Herrschaftsinstrument eingesetzt wurde und wird, ist das Konzept zugleich mit emanzipatorischen Politiken verbunden, die ebendiese Herrschaft infrage stellen. Etienne Balibar begreift dies als »Dialektik von Aufstand und Verfassung«.²² Um ein Beispiel zu geben: Kurz

20 Bosniak 2008.

21 Für eine grundlegende Kritik siehe Papadopoulos, Tsianos 2013.

22 Balibar 2012, S. 9.

nach der Französischen Revolution im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert kritisierten antirassistische und feministische Bewegungen, mit Leitfiguren wie Toussaint L’Ouverture und Olympe de Gouges, die Unzulänglichkeiten der neuen Verfassung und ihrer Definition von Staatsbürgerschaft. Sie nahmen die Prinzipien der Verfassung aber ebenso beim Wort, um weitergehende Forderungen zu artikulieren, die darauf abzielten, demokratische Citizenship-Konzepte über den Status quo hinaus zu entwickeln. Diese transformative und emanzipatorische Dimension wird meines Erachtens von jenen, die Citizenship zu Recht kritisieren, oft zu wenig berücksichtigt. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass sich die Kritik häufig auf ein liberales Verständnis von Citizenship als individuellem Rechtsstatus bezieht.

Ich möchte nun auf zwei Ansätze eingehen, die über das liberale Verständnis hinausgehen. Sie definieren Zugehörigkeit jenseits des Nationalen über lokale Präsenz und begreifen politisches Engagement jenseits vom Rechtsstatus. Damit sind sie grundlegend für ein horizontales Verständnis von Citizenship. Erstens beziehe ich mich auf Konzepte von »Urban Citizenship«.²³ Diese zielen darauf ab, Citizenship vom Nationalen zu lösen und im Lokalen zu verankern. Dies wird zum Teil mit der Vorstellung einer nicht abgeschlossenen, inklusiven Gemeinschaft verbunden, die Citizenship ausgehend von der Präsenz im städtischen Raum definiert. Urban Citizenship wird dabei als Gegenentwurf zum Projekt des Nationalstaats verstanden, das auf der Vorstellung von Einheit und Homogenität beruht. Diese Aspekte der Denationalisierung und Entgrenzung sind auch zentral für den Begriff der »horizontalen Citizenship«. Urban-Citizenship-Ansätze tendieren jedoch dazu, an einer Vorstellung von Citizenship als Mitgliedschaft in etablierten Gemeinschaften und als gesetzlich sanktionierte Rechtsstatus festzuhalten. Dies zeigt sich ebenfalls in politischen Kampagnen, die sich auf den Begriff beziehen und die sich oftmals um die Einführung von Ausweispapieren für Stadtbewohner:innen drehen (Urban ID Cards, City ID). Ein solches Verständnis bleibt in gewisser Weise der vorherrschenden liberalen Tradition verhaftet: Citizenship wird hauptsächlich als ein zu gestaltendes Objekt beschrieben und erscheint nicht selbst als politische Praxis.

Um Citizenship stärker als politisches Engagement zu begreifen, beziehe ich mich auf performative Ansätze. Zentral ist hier das Konzept der »acts of citizenship«, mit dem Engin Isin auf Momente des Bruchs und des Öffentlich-Werdens fokussiert; politische Momente, in denen Subjekte Rechte einfordern und sich unabhängig von dem Status, der ihnen formal-rechtlich zugeschrieben wird, als Citizens konstituieren.²⁴ Diese »acts of

23 Bauböck 2003; Holston 1999; Holston 2008; Darling, Bauder 2019. Für einen deutschsprachigen Überblick siehe Hess, Lebuhn 2014.

24 Isin 2008, S. 18; Isin 2012; Köster-Eiserfunke et al. 2014.

citizenship« partizipieren nicht nur an bestehenden Institutionen, sie produzieren darüber hinaus neue politische Räume und Subjektivitäten. Zugleich ist der Ansatz grundlegend mit einem bestimmten Verständnis von Politik verbunden, das auf einem Öffentlich-Werden, dem lautstarken Einfordern von Rechten und der Inszenierung eines Bruchs mit der herrschenden Ordnung beruht. Dies ähnelt Hannah Arendts Begriff von Politik als spontanem und öffentlichem kollektiven Handeln, weist aber auch die Grenzen eines solchen Verständnisses auf, das potenziell weniger sichtbare, auf soziale Bedürfnisse bezogene Praktiken ausblendet. Mit der Konzeption horizontaler Citizenship plädiere ich daher dafür, auch politische Praktiken zu berücksichtigen, die nicht auf öffentliche Sichtbarkeit abzielen, einen Streit inszenieren und Rechte einfordern; Praktiken, die ausgehend von alltäglichen Politiken Alternativen aufbauen und präfigurieren.

2. Solidarität, Care und Commoning – eine dreifache Re-Artikulation von Citizenship

Um einen Begriff horizontaler Citizenship zu entwickeln, der nicht nur Momente des Bruchs fokussiert, sondern enge soziale Beziehungen in den Mittelpunkt rückt, re-artikuliere ich den Citizenship-Begriff nun mit Begriffen der Solidarität, des Caring und des Commoning. Mit dem Solidaritätsbegriff hebe ich hervor, wie Zusammenschlüsse diverser sozialer Positionen ermöglicht werden können, wobei die gemeinsame Parteinahme in einem Antagonismus auch über Identitätsgrenzen hinweg konstitutiv ist. »Care« wiederum hebt Beziehungen der Sorge hervor, die häufig durch ein asymmetrisches Verhältnis von Sorgeempfangenden und Sorgeleistenden gekennzeichnet sind. Für einen horizontalen Citizenship-Ansatz sind solche Sorgebeziehungen grundlegend, und zugleich zeigt er, wie Initiativen Care an einem politischen Prinzip der Gleichheit ausrichten und oft reziprok praktizieren, was eng mit den Vergemeinschaftungsprozessen des Commoning verknüpft ist. Als Commoning werden allgemein Prozesse beschrieben, die Gemeinschaften bilden und gemeinsam Güter produzieren; der horizontale Citizenship-Ansatz betont hier neben dem ökonomischen Aspekt gemeinsamer Güter insbesondere den politischen Aspekt alternativer Vergemeinschaftungsprozesse, die Herstellung des Gemeinsamen. Der Begriff »horizontale citizenship« verbindet diese Aspekte und fasst sie als eine Form der politischen Praxis und Subjektbildung zusammen, in der wechselseitige Beziehungen im Vordergrund stehen, die – zumindest ihrem Anspruch nach – nicht hierarchisch, sondern horizontal ausgerichtet sind und sich damit von einer primär vertikalen Bürger:in-Staat-Beziehung unterscheiden.

2.1 Solidarität

Die horizontale Dimension urbaner und performativer Citizenship möchte ich in einem ersten Schritt herausarbeiten, indem ich mich auf Begriffe von Solidarität beziehe. Dies erfordert zunächst eine Positionierung in der breiten Debatte zu diesen Begriffen: Im Unterschied zu Konzeptionen von Solidarität, die in der Tradition Émile Durkheims die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt und dem Erhalt der bestehenden sozialen Ordnungen zentral setzen, stütze ich mich auf Konzepte, die wechselseitige Unterstützung und gemeinsame Kämpfe in den Mittelpunkt rücken.²⁵ Sie zeigen auf, wie Solidarität durch soziale Bewegungen hervorgebracht wird, die sich durch ein Zusammenspiel von Antagonismus nach außen und Assoziation nach innen auszeichnen. Ersteres ergibt sich aus der gemeinsamen Positionierung in einem Konflikt, etwa gegenüber der herrschenden Migrations- oder Wohnungspolitik, Letzteres beruht auf Praktiken gegenseitiger Hilfe und schafft neue soziale Beziehungen auf verschiedenen Ebenen, die zusammen die Gesellschaft verändern können. Indem ich diese Aspekte hervorhebe, re-artikuliere ich Prozesse der materiellen Produktion von politischer Subjektivität durch soziale Beziehungsweisen jenseits öffentlicher Interventionen, die in vielen Citizenship-Ansätzen ausgeklammert werden. Ich möchte aufzeigen, wie Citizens nicht nur durch eine Staatsangehörigkeit oder Akte des Wählens oder des Protests hergestellt werden, sondern wie sich eine politische Subjektivierung durch solidarische Zusammenschlüsse ergibt, wie Citizens durch Solidarität entstehen.

Diese Verbindung zwischen Citizenship und Solidarität lässt sich exemplarisch anhand der spanischen »Indignados«- beziehungsweise »15-M«-Bewegung herausarbeiten. So zeichnete sich die Bewegung nicht nur durch Proteste und Platzbesetzungen aus, wenngleich dies die sichtbarsten Formen waren, sondern ebenso durch enge Beziehungen und kollektive Organisierung rund um alltägliche Bedürfnisse.²⁶ Das zeigt etwa die eng in die Platzbewegung eingebundene wohnungspolitische Selbstorganisation »Plattform der Hypothekenbetroffenen« (PAH), die in den zehn Jahren seit ihrer Gründung in 2009 mehr als 250 Ortsgruppen aufgebaut und über 4.000 Zwangsräumungen blockiert hat.²⁷

Diesen Punkt möchte ich nun in Bezug auf unsere Fallstudien weiter herausarbeiten, die zeigen, wie sich Mieter:innen durch Selbstorganisierung

²⁵ Oosterlynck et al. 2015; Agustín, Jørgensen 2019; Lessenich et al. 2020; della Porta, Steinhilper 2021; Schwiertz, Schwenken 2022.

²⁶ Flesher Fominaya, 2020.

²⁷ Santos 2020, S. 132; Lluis 2023.

als Citizens formieren.²⁸ Das lässt sich eindrucksvoll anhand der wohnungspolitischen Bewegung »Almen Modstand« (übersetzt: Gemeinsamer Widerstand) in Dänemark demonstrieren. Die translokale Bewegung ist 2018 als Reaktion auf das dänische »Ghettogesetz« gegründet worden, das tausende Menschen diskriminiert und aus ihren Nachbarschaften vertrieben hat, wobei es von einer kulturalistischen Unterscheidung zwischen »westlichen« und »nichtwestlichen« dänischen Staatsbürgern ausgeht, die als Form von »Neo-Rassismus« verstanden werden kann.²⁹ Obwohl viele der von diesem Gesetz betroffenen Bewohner:innen durchaus einen legalen Status haben, werden sie in den meisten Fällen nicht als Bewohner:innen angehört und stattdessen von öffentlichen politischen Prozessen ausgeschlossen. Sie haben zwar einen formalen Bürgerstatus, aber keine substanzielle Macht als Bürger:innen in Bezug auf ihren Stadtteil. Dies hängt auch damit zusammen, dass Wohnen im neoliberalen Diskurs zunehmend individualisiert und zu einer Frage der »Eigenverantwortung« gemacht worden ist. Im Gegensatz dazu zeigt die »Alman Modstand«-Bewegung, wie sich Bewohner:innen zusammenschließen und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen können: wie sie als politische Subjekte auftreten und als Mieter:innen zu aktivistischen Citizens werden. In der Feldforschung konnten wir darüber hinaus aufzeigen, wie die Bewohner:innen nicht nur für ein eher abstraktes Recht auf Wohnen kämpfen und das Ghettogesetz zurückweisen, sondern wie sie sich für ein sehr konkretes Recht auf nachbarschaftliches Zusammenleben engagieren, ein Zuhause im weiteren Sinne. Um ein Interview mit einer der Bewohner:innen zu zitieren, die an diesem Kampf teilgenommen hat: »Ich möchte in erster Linie mein Zuhause und die lokale Gemeinschaft erhalten. Dies ist nicht nur eine Wohnung, ein Ort zum Leben. Es ist mein Zuhause.« (Interview Greta) Die Bewohnerin verdeutlicht, dass »Alman Modstand« sich nicht nur für bezahlbaren Wohnraum einsetzen, sondern für den Erhalt lokaler Nachbarschaften, die für viele Bewohner:innen ein gemeinschaftliches Zuhause bilden und zugleich eine Infrastruktur alltäglicher Solidarität.

In dieser Fallstudie zeigen wir daher, dass es nicht nur um Protestaktionen, Forderungen gegenüber staatlichen Institutionen und Reformen geht, sondern um die Verteidigung und den Aufbau von Beziehungen transversaler Solidarität in der Nachbarschaft. Beziehungen also, durch die verschiedene Positionen über Identitätsgrenzen hinweg zusammengeschlossen werden, was insbesondere durch alltägliche Begegnungen und gegenseitige

28 Bernhardt, Schwierz 2025.

29 Balibar 1990. Das Gesetz »Ein Dänemark ohne Parallelgesellschaften – keine Ghettos bis 2030« nennt verschiedene Kriterien für »Ghettos«, die bis 2030 beseitigt werden sollen: überdurchschnittlich hohe Arbeitslosen- und Kriminalitätsraten, ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Einkommensniveau und vor allem den Anteil der Einwohner:innen, die vom dänischen Staat als »nichtwestlich« eingestuft werden.

Hilfe ermöglicht wird. Diese Solidarität ist eine Grundlage für die weitere Mobilisierung für ein Recht auf Wohnen und gleichzeitig eine präfigurative Politik, die also ein Stück weit das vorwegnimmt, was sie anstrebt. Dabei geht es nur zum Teil um die Beanspruchung formaler Bürgerrechte, um Citizenship als Status. Vielmehr steht in erster Linie die Verwirklichung einer substanzialen Community-Citizenship in alltäglichen Prozessen im Fokus: Citizenship als gelebte Teilhabe an einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft, die durch ihren Antagonismus zum »Ghetto gesetz« sowie zu einer umfassenderen Austeritätspolitik zugleich eine politische Dimension aufweist.

Wir können die öffentlichen Interventionen dieser Bewegungen mit Begriffen aktivistischer Citizenship beschreiben, um hervorzuheben, wie hierbei politische Subjektivitäten in Erscheinung treten, die nicht vorgesehen sind. Allerdings fallen mit dieser Beschreibung in meinen Augen auch wichtige Aspekte unter den Tisch. Um diesen ebenfalls Rechnung zu tragen, re-artikuliere ich Citizenship mit einem horizontalen Ansatz, der Solidarität einbezieht, um die materielle Produktion von politischer Subjektivität jenseits öffentlicher Interventionen hervorzuheben. Mit dem Solidaritätsbegriff lassen sich zudem ortsbezogene, transversale und konfliktive Aspekte hervorheben. Dennoch bleibt Solidarität ein tendenziell leerer Signifikant, ein weitgehend unbestimmtes Konzept, das allein nicht ausreicht, um zu erläutern, was horizontale Citizenship ausmacht. Es soll daher mit den im Folgenden dargestellten Konzepten von Care und Commoning zusammengedacht werden.

2.2 *Care*

Um die konkreten, materiellen Prozesse der Solidarität besser erfassen zu können, schlage ich vor, das bislang skizzierte Verständnis von Citizenship zusätzlich mit Care-Begriffen zu vertiefen. Diese beziehen sich ebenfalls auf affektive soziale Beziehungen, ermöglichen aber einen konkreteren, mikropolitischen Zugang. Durch Konzepte von Care und Caring können somit die interdependenten und verkörperten Dimensionen horizontaler Citizenship besser herausgearbeitet werden.³⁰ Care ist ein wesentlicher, wenn auch oft unsichtbar gemachter Teil der Ökonomie, ein Schlüssel zu wohlfahrtsstaatlichen Regimen und sozialer Citizenship und eng mit vergeschlechtlichten und intersektionalen Machtverhältnissen verwoben. Care ist aber mehr als Care-Arbeit. Neben der Dimension der alltäglichen Fürsorge für Angehörige und der institutionalisierten Sorgearbeit für bestimmte physische und psychische Zustände und Phasen des Lebenszyklus gibt es auch eine allgemeinere Vorstellung von Care als einer affektiven und ethischen

30 Tronto 2013; Casas-Cortes 2019; Santos 2020; Gabauer et al. 2022.

Disposition.³¹ Ausgehend von der Tatsache, dass Care potenziell in allen Lebensbereichen eine Rolle spielt, haben feministische Ansätze umfassende theoretische Konzepte von Care entwickelt. Diese Konzepte beleuchten nicht nur die Care-Arbeit in ihren verschiedenen Dimensionen, sondern fordern uns auch zu einem radikalen Umdenken über unser gesellschaftliches Sein in dieser Welt auf. In ihrer bahnbrechenden Arbeit definieren Berenice Fisher und Joan Tronto Care als »alles, was wir tun, um unsere ›Welt‹ zu erhalten, fortzuführen und zu reparieren, damit wir so gut wie möglich in ihr leben können«.³²

Prominente Beispiele sind die internationalen feministischen Streiks in den Jahren 2017 und 2018, bei denen das Thema Care-Arbeit im Mittelpunkt stand. Die Streiks können jedoch nicht nur als Protestaktionen, sondern ebenso als kollektives Organisieren und Lernen im Alltag verstanden werden.³³ Dies lässt sich auf Basis unserer Fallstudien aus Bern und Zürich genauer herausarbeiten. In beiden Städten haben wir lokalpolitische Initiativen begleitet, die zeigen, wie bezahlte und unbezahlte Care-Arbeiter:innen politische Kollektive bilden, die die Trennung von öffentlich und privat überschreiten und neoliberalen Prinzipien der individualisierten Eigenverantwortung infrage stellen: eine kollektive Organisierung von Müttern und bezahlten Kinderbetreuerinnen; eine Basisgewerkschaft von Kita-Arbeiter:innen, die sich für bessere Betreuungsbedingungen einsetzt; aber auch nachbarschaftliche Care-Communities, die die isolierten Kinderbetreuungsbedingungen in Kernfamilien durch alltagspolitische Praktiken überwinden. Wichtig für letztere Gruppe ist etwa ein WhatsApp-Chat, der einen Austausch über die alltäglichen Kämpfe der Elternschaft ermöglicht. Ein solcher alltäglicher Austausch kann ermächtigende Auswirkungen haben, aber auch konkrete Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung anstoßen, um den isolierenden Status quo der Elternschaft zu durchbrechen. Die verschiedenen Organisationsweisen rund um Care verbinden hierbei Protest und Alltagspolitik, was Sarah Schilliger als Doppelstrategie der Einforderung und des Commoning von Care beschreibt: So setzen sich die Gruppen für den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen der Kinderbetreuung ein, während sie gleichzeitig eine selbstorganisierte, solidarische Infrastruktur der Kinderbetreuung aufbauen und somit Care-Aufgaben vergemeinschaften. In diesem Sinne war die – durch die internationalen Proteste inspirierte – feministische Care-Streik-Bewegung in der Schweiz nicht nur entscheidend, um lautstark Forderungen in Bezug auf die Care-Versorgung zu stellen und deren strukturelle Vernachlässigung anzuprangern; vielmehr geht die Streikbewegung

31 Dowling 2021, S. 9.

32 Fisher, Tronto 1990, S. 34, Übersetzung H.S.

33 Gago et al. 2018.

über singuläre Protest-Ereignisse und sichtbare »acts of citizenship« hinaus. Sie sollte als ein fortlaufender Prozess der Politisierung und Organisation von Care in verschiedenen Formen, Größenordnungen und an verschiedenen Orten verstanden werden.

Care-Praktiken sind jedoch nicht nur in Sektoren der Care-Arbeit bedeutsam, sondern ein zentrales Element der politischen Organisierung »horizontaler« Citizenship. Dies zeigen etwa unsere Fallstudien zu Polikliniken und deren nachbarschaftlicher Einbindung (in Hamburg und Palermo) sowie zu Gemeinschaftsküchen in verschiedenen Städten (Berlin, Bern, Ljubljana, Florenz). Exemplarisch lässt sich hier die Küche in der »Partizipativen Autonomen Zone in Ljubljana« (PLAC) nennen, die sich selbst als »sicherer Raum für alle, die vom gegenwärtigen soziopolitischen System verdrängt wurden«, beschreibt und im Gebäude einer ehemaligen Kantine der Road Company Ljubljana untergebracht ist. Hier kommen verschiedene Milieus aus der Nachbarschaft zusammen. Mit ihrer kollektiven Praxis des Kochens bieten diese Gemeinschaftsküchen eine konkrete Antwort auf alltägliche Bedürfnisse, während sie zugleich strukturelle Versorgungsdefizite politisieren. Sie bilden zudem präfigurative Infrastrukturen der Solidarität und eine Basis für weitere Mobilisierung.³⁴

Performative Citizenship-Konzepte mit Care zu re-artikulieren ist wichtig, um Care nicht nur als Thema, sondern als materielle Praxis des Aufbaus politischer Kollektive hervorzuheben. Und wenn wir Care-Beziehungen als Citizenship-Praktiken beschreiben, ermöglicht dies umgekehrt ihre politische und radikaldemokratische Bedeutung hervorzuheben; insbesondere ihre Wechselbeziehung mit politischen Kämpfen.

2.3 *Commoning*

Abschließend argumentiere ich dafür, Citizenship mit Konzepten des Commoning zu re-artikulieren.³⁵ Im Anschluss an Silvia Federici lässt sich Commoning als ein transformativer Prozess begreifen, der auf »die Produktion unser selbst als gemeinsames Subjekt« abzielt.³⁶ Mit anderen Worten: Commoning ermöglicht die Herausbildung neuer politischer Subjektivitäten. Zum einen erfordern Commons eine Gemeinschaft, die auf langfristigen Beziehungen der Zusammenarbeit und Mitverantwortung basiert, zum anderen fördern Commoning-Praktiken die Gemeinschaftsbildung. Im Zentrum steht ein Prozess, in dem Individuen lernen, dass ihre scheinbar per-

34 Flückiger et al. 2024; Schilliger 2021.

35 Federici 2020; Jørgensen, Makrygianni 2020.

36 Federici 2020, S. 170.

söhnlichen Alltagsprobleme in Wirklichkeit nicht nur individuelle, sondern gesellschaftliche Probleme sind, die einen kollektiven Ansatz erfordern.

Konzepte des Commoning helfen dabei, die kollektive und materielle Dimension von Citizenship zu verstehen, ohne sich auf eine etablierte, imaginäre Gemeinschaft zu beziehen. Vielmehr werden Prozesse der gemeinsamen Fabrikation kollektiver Subjektivität in den Mittelpunkt gerückt. Commoning-Konzepte richten den Blick auf Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise, die nicht auf Privateigentum beruhen. Dabei unterlaufen sie die liberale Aufspaltung von Privat und Öffentlich und ermöglichen gegenüber den bereits skizzierten Ansätzen eine genauere Bestimmung von Beziehungsformen. So sind sie etwa bedeutsam, um der Vereinnahmung von Care und Solidarität durch nationale Wohlfahrtssysteme und neoliberale Reproduktionsweisen entgegenzuwirken, was kritisch als eine Form des »Community-Kapitalismus« diskutiert wird.³⁷ Mit Commoning-Konzepten können wir demgegenüber Mechanismen der De-Privatisierung und Vergesellschaftung aufzeigen; Mechanismen, die die neoliberalen Isolierung und Individualisierung gesellschaftlicher Probleme herausfordern und umgehen.

Empirisch gesehen kann sich diese Theoretisierung von Citizenship und Commoning etwa auf die Diskussion über Grassroots-Commoning-Projekte im krisengeschüttelten Griechenland beziehen.³⁸ Ein bekanntes Beispiel ist hier das City Plaza Hotel, das 2016 in Solidarität mit Geflüchteten von Anwohner:innen besetzt wurde, viele von ihnen mit eigener Migrationsgeschichte.³⁹ Rund 400 Menschen lebten zeitweise dort. Es gab eine Küche, die dreimal täglich Mahlzeiten anbot, einen Lagerraum, Kinderbetreuung, ein Übersetzungsteam, ein Sicherheitsteam, Griechischkurse und kostenlosen Zugang zu einem Gesundheitszentrum. Das City Plaza Hotel war sowohl ein Ort des politischen Protests als auch ein gemeinschaftlicher Raum, der neue Formen des sozialen Lebens schuf. Solche Praktiken des Commoning und der Solidarität können Citizenship verändern. In diesem Zusammenhang zeichnet Dimitris Parsanoglou eine »grammatikalisch-ontologische Verschiebung« in der griechischen Sprache nach: die Erfindung einer Subjektivität des oder der »Solidarischen«, die aus den gesellschaftlichen Entwicklungen der Austerität und Krise hervorgeht und ein Bedürfnis nach alltäglicher Solidarität ausdrückt.⁴⁰

Unmittelbar im Zusammenhang mit diesem Begriff von Commons und Commoning stehen Kampagnen zur Enteignung von Wohnungskonzernen und der Vergesellschaftung von Wohnraum, die wir im Rahmen unserer

37 van Dyk, Haubner 2021.

38 Varvarousis 2022.

39 Jørgensen, Makrygianni 2020.

40 Parsanoglou 2020.

Fallstudien untersucht haben (Berlin, Hamburg, Zürich, Bern). Hierbei wird zudem eine kollektive politische Subjektivität der Stadtbewohner:innen hervorgebracht und im Hinblick auf die Kampagnenziele angerufen. Praktiken des Commoning haben wir aber auch in Basisorganisationen herausgearbeitet, die nicht in erster Linie Fragen des Eigentums und der Produktionsweise thematisieren. Dies sind vor allem nachbarschaftliche Organisierungen, die kollektive Infrastrukturen des Dissenses und hierbei ebenso lokale Gemeinschaften aufbauen. Interessant sind in diesem Zusammenhang etwa die politischen Initiativen gegen Touristifizierung und Gentrifizierung in Florenz und Palermo: Diese Kämpfe für die erneute Aneignung von Stadtvierteln durch ihre Bewohner:innen, auch als »re-inhabitation« bezeichnet, verweisen auf Begriffe des urbanen Commoning und auch auf ein nichtjuristisches Konzept der urbanen, horizontalen Citizenship. Ein weiterer interessanter Fall sind die Stadtteilversammlungen im slowenischen Maribor, in denen Anwohner:innen die Angelegenheiten ihrer Nachbarschaft zu einer gemeinsamen Sache machen und kollektiv entscheiden. In mehreren Bezirken der Stadt werden diese Versammlungen abgehalten, um eine Praxis des Horizontalismus und des »Urban Commoning« zu etablieren.

3. Die horizontale Aktualisierung von Citizenship in der Selbstorganisierung geflüchteter Frauen*

Den Begriff »horizontale Citizenship« möchte ich nun weiter ausarbeiten, indem ich näher auf die politische Praxis von WomeN IN Action (NINA) eingehe, eine Selbstorganisierung geflüchteter Frauen*, die wir im Rahmen unserer Hamburger Fallstudie begleitet haben.⁴¹ Anhand der Gruppe lassen sich zudem zentrale Projektergebnisse hervorheben, die für die Begriffsbildung prägend waren: die De-Privatisierung von gesellschaftlichen Problemen und Politikansätze, die im Alltäglichen gründen.

Die Entstehung von WomeN IN Action muss im Kontext der Flüchtlingsproteste gesehen werden, die sich ab 2012 über ganz Deutschland und Europa ausgebreitet haben.⁴² Durch radikaldemokratische Akte, »Acts of Citizenship«, gelang es Geflüchteten, eine politische Subjektivität zu erstreiten und ihre Forderungen nach der Abschaffung von Lagern, Mobilitätseinschränkungen und Abschiebungen in einer breiten Öffentlichkeit zu artikulieren. Gleichzeitig standen in dieser Bewegung meist geflüchtete Männer im Vordergrund, und sie dominierten auch viele Räume der Bewegung.⁴³ So kommt es 2016 zu einer weiteren politischen Subjektivierung, ausgehend

41 Maaroufi, Schwiertz (im Erscheinen).

42 Ataç et al. 2015; Odugbesan, Schwiertz 2018; Schwiertz 2019; Schwiertz 2022.

43 Ünsal 2015.

von der bislang oft unvernommenen Position geflüchteter Frauen.⁴⁴ Die Flüchtlingsprotestbewegung hatte sich damals auf dem Gelände des Hamburger Theaterprojekts Kampnagel zum internationalen Kongress »The Struggle of Refugees« versammelt. Für geflüchtete Frauen war ein »safe space« am Ende des Geländes, aber kaum eine Sprechposition vorgesehen, was von vielen kritisch betrachtet wurde. Eine große Gruppe von Frauen besetzte daraufhin die Bühne im großen Saal und übernahm die dort laufende Podiumsdiskussion, um über ihre Belange zu diskutieren. Indem die geflüchteten Frauen die ihnen zugewiesene Position verlassen, die damit verbundene Aufteilung infrage stellen und sich selbst eine Sprechposition aneignen, schaffen sie eine politische Subjektivität geflüchteter Frauen.

Im Anschluss an diese öffentlichen Proteste verließen die Gründung und weitere Entwicklung von NINA sowie die damit verbundene Herausbildung politischer Subjektivität weniger auf den großen Bühnen. Die politische Praxis von NINA bestand zwar weiterhin auch in sichtbaren Protestaktionen, zeichnete sich aber vielmehr ebenso durch Solidarität, »mutual aid« und Care sowie Prozesse des Commoning aus. Diese Aspekte werden ausgeblendet, wenn wir die politische Praxis der Gruppe vor allem als radikaldemokratische Intervention und »activist citizenship« beschreiben. Mit dem Konzept der horizontalen Citizenship möchte ich die blinden Flecken einer solchen Perspektive ausleuchten, den Fokus erweitern und deutlich machen, dass Solidarität, Fürsorge und Vergemeinschaftung integrale Bestandteile des Prozesses sind, durch den sich die Mitglieder von NINA als politische Subjekte konstituieren. Die Frauen sind also nicht auf der einen Seite politisch und auf der anderen Seite sorgend, sondern sie sind politisch dadurch, dass sie sich solidarisch miteinander zeigen, füreinander sorgen und hierbei Probleme gemeinsam angehen.

3.1 Commoning individualisierter Probleme und kollektive Lösungsansätze

Die Gruppe, die sich einige Monate nach dem Refugee-Struggles-Congress zusammenfand und NINA gründete, war von dem Wunsch geleitet, einen Raum für geflüchtete Frauen zu schaffen; einen Raum, der Empowerment und politischen Aktivismus ermöglicht. Inspiriert und gefördert wurde ihr Ansatz durch den Austausch mit der bereits seit dem Jahr 2002 bestehenden Gruppe Women in Exile aus Berlin und Brandenburg. So bezieht sich NINA-Gründungsmitglied Kerstin auf den feministischen Slogan »Das Private ist politisch«, den auch Women in Exile mehrfach in ihrer Praxis auf-

44 Rancière 2002.

gegriffen haben. Neuen Mitgliedern der Gruppe soll Folgendes vermittelt werden:

»Das Private ist politisch. Also es gibt nichts, was ihr hier an Problemen mitkriegt, was die anderen nicht auch kennen und wo wir nicht gemeinsam darüber reden können und wo entweder ihr euch gegenseitig unterstützt oder wir auch an den Punkt kommen, wo wir sagen, okay, da müssen wir zusammen intervenieren, jetzt gehen wir mal zu dem Camp, jetzt machen wir mal irgendwas öffentlich darüber, also wo wir irgendwie an den Punkt kommen, wo wir was politisch damit machen wollen.« (Interview Kerstin)

Das Ziel der Gruppe ist hierbei nicht, Probleme für andere zu lösen, sondern Wege zu finden, wie persönliche Probleme gemeinsam gelöst werden können.

Im Sinne des feministischen Slogans entsteht hierbei Politik, die den *Public-Private-Split* überwindet, indem ein sozialer Raum geschaffen wird, der nicht den traditionellen Konzepten von Privat oder Öffentlich entspricht. Dabei steht ein Prozess im Mittelpunkt, in dem die Einzelnen im Austausch mit anderen erfahren, dass die Probleme, mit denen sie sich in ihrem Alltag häufig allein konfrontiert sehen, keine bloß individuellen, sondern häufig gesellschaftliche Probleme sind, die einen kollektiven und politischen Umgang erfordern. Dieser Prozess, in dem Probleme als gemeinsame erkannt und kollektive Lösungsansätze gefunden werden, hat häufig eine ermächtigende Wirkung.⁴⁵ Es sind diese Prozesse der De-Privatisierung und Vergesellschaftung im Kleinen, in denen bei NINA eine politische Subjektivität als »wir, die (geflüchteten) Frauen*« hervorgebracht wird. Diese kollektive politische Subjektivierung beruht auf einem Antagonismus zu hegemonialen Institutionen, der aber nicht in erster Linie durch eine an sie adressierte Kritik oder Forderungen ausgetragen wird, sondern eher durch den Aufbau solidarischer Parallelstrukturen.

3.2 Wechselseitige Hilfe und Care-Praktiken

Auf der Grundlage der Anerkennung und des Austausches ihrer persönlichen Erfahrungen werden die Fähigkeiten, für sich selbst zu kämpfen, in einem Prozess des kollektiven Empowerments entwickelt, wie NINA-Mitglied Amina beschreibt, die selbst längere Zeit in einem Flüchtlingslager gelebt hat:

»Jede Frau kann sich selbst helfen. Wenn sie hierher kommen, wissen sie manchmal nicht, wer wir sind und was wir tun ... Manche von ihnen denken, sie kommen nur, wenn sie etwas brauchen [...], wenn etwa jemand eine Woh-

⁴⁵ Eine solche Vergemeinschaftung von sonst individuell erfahrenen Problemen konnten wir in unserer *Frame Analysis* auch auf diskursiver Ebene herausarbeiten, sie zeigt sich aber vor allem in den Begegnungen vor Ort; Gerdes et al. 2025.

nung sucht. Aber das ist nicht unsere Idee. Wir müssen stärker sein. Weißt du, wenn du nicht selbst kämpfst, kann dir niemand helfen. [...] Wenn wir Flüchtlinge sind, haben wir eine Menge Probleme, und deshalb ist es wichtig, wie wir wachsen, wie wir lernen und wie wir dieses ganze System verstehen. Und das Wichtigste ist, wie wir uns gegenseitig helfen.« (Interview Amina)⁴⁶

Wie Amina reflektiert, ist der Selbsthilfe- und Empowerment-Ansatz für manche Frauen, die der Gruppe beitreten, nicht immer von Anfang an klar. Die gemeinsamen Erfahrungen der gegenseitigen Hilfe, des Lernens und des Empowerments schaffen jedoch sehr enge Beziehungen und einen vertrauten und selbst gestalteten sozialen Raum im Gegensatz zu ihren Erfahrungen in Flüchtlingslagern.

Der persönliche und bedürfnisorientierte Ansatz von NINA basiert auf kollektiven Praktiken von »mutual aid«⁴⁷ und »radical collective care«⁴⁸. Diese schaffen einen affektiven Zusammenhang, der von vielen NINA-Mitgliedern als feste Beziehung und »Familie« beschrieben wird. Bei ihren zweiwöchentlichen Treffen erzeugen sie eine einladende und angenehme Atmosphäre, indem sie gemeinsam kochen und essen und so gut wie möglich für Kinderbetreuung und Übersetzung sorgen. Die ist für viele Frauen eine Voraussetzung, um überhaupt teilhaben zu können, und es ist darüber hinaus ein zentraler Aspekt der politischen Praxis von NINA. »Mutual aid« und Care werden so zu Ansätzen, die in einer prekären und vulnerablen Lage praktisch helfen, die aber zugleich die ungleichen Verhältnisse, in denen dies geschieht, infrage stellen und neu aushandeln. Umgekehrt betrachtet erscheinen Vulnerabilität und Prekarität hierbei – trotz aller Gefahren einer Romantisierung – nicht nur als Position der Ohnmacht, sondern als Ausgangspunkt gemeinsamer Kämpfe, sofern das Verbindende gemeinsam erkannt und politisiert wird.⁴⁹ Die Diversität der Gruppe und ihres Umfelds führt jedoch auch zu Spannungen, wobei es NINA wiederholt gelingt, zwischen verschiedenen Positionen zu vermitteln. Dies zeigt sich in Auseinandersetzungen um ein inklusiveres Selbstverständnis als Frauen*, das etwa auch queere Personen einschließt, oder wenn insbesondere die geflüchteten Frauen bei NINA die teils pauschale Ablehnung von Religion befremdlich finden, die mehrheitlich weiße Gruppen etwa bei gemeinsamen Demonstrationen äußern.

46 Eigene Übersetzung des englischen Interviewtranskripts.

47 Mould et al. 2022.

48 Spade 2020, S. 131.

49 Butler et al. 2016, S. 1; Mould et al. 2022, S. 874.

3.3 Translokale Infrastrukturen der Solidarität und des Protests

NINA organisieren aber auch Aktionen, die eher traditionellen Formen des politischen Protests entsprechen, jedoch eng mit Politiken des Alltags verbunden sind. So veranstalten sie jeden Monat eine Kundgebung vor einem großen Flüchtlingslager am Hamburger Stadtrand. Allerdings sind sie nicht nur dort, um zu protestieren, sondern vor allem, um eine einladende Atmosphäre für die Bewohner:innen des Lagers zu schaffen. Sie spielen Musik und bringen Essen, Kleidung und Spielsachen für Kinder mit. Von außen betrachtet sehen einige dies als eine bloß karitative Aktion. Für die NINA-Gruppe ist es hingegen ein Akt der Solidarität, auf die unmittelbaren Bedürfnisse einzugehen; zudem schafft dies erst eine Basis, um mit den Geflüchteten aus dem Lager Kontakt aufzubauen, sich über ihre Situation auszutauschen und sie zu ermutigen, sich zu äußern und zu organisieren.

Ein weiteres Beispiel für Protestaktionen, bei denen öffentliche Forderungen artikuliert und staatliche Institutionen adressiert werden, ist eine Demonstration, mit der sie sich im August 2023 vor der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen in Hamburg-Wilhelmsburg versammeln, um der Senatorin einen Brief mit ihren Forderungen zu überreichen. Gemeinsam mit anderen lokalen Organisationen wie Wilhelmsburg Solidarisch (WISO) und der stadtweiten Kampagne zur Vergesellschaftung von Wohnraum »Hamburg Enteignet« zog der Protest anschließend durch den Stadtteil, um sich an die Nachbarschaft zu wenden, in der viele auf die ein oder andere Weise von der Wohnungskrise betroffen sind. Immer wieder traten hierbei verschiedene Mitglieder von NINA und sogar ihre Kinder ans Mikrofon und erhoben lautstark ihre Forderung nach »Housing for all«. Es ist diese umfassende Forderung nach »Wohnungen für alle«, mit der NINA ihre besonders prekäre Lage als geflüchtete Frauen und ihren gezielten Protest gegen die Unterbringung in Lagern verknüpfen und in der sich zugleich zahlreiche andere Kämpfe wiederfinden können.

NINA arbeitet auch abseits solcher Aktionen eng mit WISO zusammen, indem sie sich wechselseitig bei Veranstaltungen oder beim Kochen und der Kinderbetreuung unterstützen. Neben der räumlichen Nähe verbindet sie vor allem der politische Fokus auf Alltagsprobleme. WISO hat sich zum Ziel gesetzt, eine solidarische Infrastruktur im Stadtteil aufzubauen. Dazu laden sie zu wöchentlichen Bürotagen und einem »Anlaufpunkt« ein, an denen sich auch NINA-Mitglieder regelmäßig beteiligen. Indem sich Betroffene bei diesen offenen Treffen über ihre Probleme mit dem Arbeitsamt, der Ausländerbehörde oder etwa Vermieter:innen austauschen, kann etwas Verbindendes entstehen. So gelingt es immer wieder, Distanzen zwischen verschiedenen sozialen Positionen zu überwinden, gemeinsame und doch unterschiedliche Erfahrungen von Prekarität zu erkennen, ohne

die fortbestehenden Ungleichheiten zu ignorieren. Diese heterogene, aber geteilte Betroffenheit ist die Grundlage für transversale Solidaritäten, die die Mitglieder von NINA und WISO untereinander und mit der weiteren Nachbarschaft verbinden, etwa durch die Organisation von Stadtteilversammlungen, in denen der politische Umgang mit alltäglichen Problemen auch in größeren Zusammenhängen diskutiert wird. Wenn nicht nur Unterschiede, sondern auch gemeinsame Interessen in den Vordergrund gestellt werden, können neue solidarische Allianzen und Infrastrukturen entstehen. Diese gemeinsamen Interessen sind nicht einfach gegeben, sie entstehen vielmehr in der praktischen Zusammenarbeit und durch die Verschiebung von Konfliktlinien, zum Beispiel von der Konkurrenz zwischen verschiedenen marginalisierten Gruppen auf dem Wohnungsmarkt hin zu einer Positionierung gegen die herrschende Wohnungspolitik und -wirtschaft, so wie es der Slogan »Wohungen für alle« ausdrückt. Horizontale Citizenship ermöglicht es so, eine politische Praxis ausgehend von den alltäglichen Problemen partikularer Gruppen zu entwickeln und dies zugleich mit universellen Prinzipien zu verknüpfen.

4. Schluss

Der Begriff »horizontale Citizenship« hebt kollektive Praktiken, Beziehungsweisen und Subjektivitäten im Entstehen hervor, die für die Demokratisierung von Citizenship entscheidend sind, insofern kollektive politische Subjektivitäten hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Grundsatz der Gleichheit befragt werden. Der Begriff drückt ein Citizenship-Verständnis aus, das Bürger:innen weder auf eine Figur der privaten Selbstverantwortung noch der nationalen Identität reduziert, wie es in den liberalen und republikanischen Traditionen der Fall ist. Horizontale Citizenship ist weder an den Nationalstaat noch an das individuelle Bürgersubjekt, weder an das Öffentliche noch an das Private im traditionellen Sinne gebunden. Der Begriff ist weder auf abstrakte Ideale des Kosmopolitismus noch auf begrenzte Gemeinschaften des Kommunitarismus oder auf legalistische Verfahren beschränkt. Vielmehr gründet horizontale Citizenship in der konkreten politischen Praxis, die tief in sozialen Beziehungen auf lokaler Ebene eingebettet ist.

Horizontale Citizenship bezieht sich auf die zuvor diskutierten Ansätze der urbanen und der performativen Citizenship: zum einen indem Citizenship aus dem nationalstaatlichen Bezugsrahmen gelöst und lokal verortet wird, zum anderen indem im Sinne performativer Ansätze Situationen und Prozesse beschrieben werden, in denen wir politisch handeln und zu politischen Subjekten werden. Über die Zugehörigkeit zur bestehenden Stadtge-

meinschaft und momenthafte Akte hinaus betont der Begriff »horizontale Citizenship« jedoch alltägliche Politiken im Kleinen, den Aufbau nachhaltiger und ermächtigender Beziehungsweisen jenseits politischer Interventionen und die Schaffung von Infrastrukturen der Solidarität. Diese Politiken sind meist nicht primär auf Protest ausgerichtet, sondern präfigurativ, insoweit sie einen angestrebten Wandel in der eigenen Praxis vorwegnehmen, wenngleich dies immer nur annäherungsweise gelingen kann. Es handelt sich dabei weniger um einen normativen Begriff, der Praktiken vorschreibt, oder um eine empirische Kategorie zur Klassifizierung bestimmter Gruppen, sondern vielmehr um ein heuristisches Analysekonzept, das eine bestimmte Betrachtungsweise nahelegt.

Doch welche gesellschaftliche Bedeutung haben die beispielhaft analysierten lokalen Initiativen, die partikulare Ziele verfolgen und nur sehr begrenzt miteinander vernetzt sind? Drei Punkte möchte ich hervorheben und damit zugleich aufzeigen, welche Bedeutung die kleinen Praktiken und Beziehungsweisen horizontaler Citizenship für einen größeren Wandel einer Demokratisierung der Demokratie haben können. Erstens bewirken die Gruppen Empowerment, gegenseitige Hilfe und sozialen Wandel für marginalisierte Gemeinschaften: Schon die Existenz dieser Organisationen selbst ist wichtig. Sie schaffen solidarische Gegenräume und Teilöffentlichkeiten, die häufig große Bedeutung für den Alltag der Beteiligten haben. Wenngleich diese Organisationen in der Regel nur einen begrenzten Einfluss auf hegemoniale Diskurse und Politiken haben, wirken sie sich auf die Alltagspolitik ihrer Mitglieder und ihres Umfelds aus; sie tragen zum biografischen und damit mittelbar zu sozialem Wandel bei. Zweitens können wir von WomeN IN Action und den anderen hier vorgestellten Initiativen lernen, was es bedeutet, mit anderen im Sinne horizontaler Citizenship politisch zu agieren und gemeinsam Probleme zu bewältigen, die sonst allein erfahren werden. Dies lässt sich nachahmen, und es kann in diversen Formen praktiziert werden, wie die beschriebenen Fälle zeigen.⁵⁰ Eine solche kollektive Organisierung von Beziehungsweisen, die sich nicht mit einem nationalen Kollektiv identifizieren, kann zudem als Politik des präventiven Antifaschismus begriffen werden: eine Politik, die der Isolation der Einzelnen im Hinblick auf Prekaritäts- und Frustrationserfahrungen entgegenwirkt, die nicht nur durch Austeritätspolitiken, sondern ebenso durch die Auflösung gewerkschaftlicher oder kirchlicher Bindungen forciert worden ist und auf der rechten und faschistischen Projekte aufbauen können. Drittens sind die par-

50 Die neue Aufmerksamkeit gegenüber einer Politik, die im Alltag gründet, zeigt sich auch in aktuellen Strategien linker Parteien, die nicht bloß auf Demoskopie setzen, sondern über Haustürgespräche darauf abzielen, einen Teil ihrer Programmatik induktiv in den Problemen ihrer potenziellen Wähler:innen zu gründen.

tikularen Kämpfe der verschiedenen Gruppen mit einem radikal demokratischen Universellen verknüpft. So artikulieren NINA ihren Kampf gegen die Unterbringung in Lagern auch als Teil einer umfassenderen »Recht auf Stadt«-Bewegung, wenn sie ihre Forderungen im Slogan »Housing for all« artikulieren. Dies ist zum einen ein Slogan, der Beziehungen transversaler Solidarität zu anderen Kämpfen herstellt; zum anderen ruft er ein egalitäres Imaginäres, einen Grundsatz der »Gleichfreiheit«⁵¹ an, der als polemisches Universelles gegen die *de facto* bestehenden sozialen Ungleichheiten gerichtet ist.

Praktiken horizontaler Citizenship, die lokal und auf bestimmte Communities konzentriert sind, haben durch eine solche Solidarität und die Artikulation demokratischer Prinzipien somit das Potenzial, breitere Allianzen zu bilden und zu einer Demokratisierung der Demokratie beizutragen: eine Aktualisierung des Demokratischen über die bestehenden Demokratie-regime hinaus.⁵² Entgegen vereinheitlichenden Vorstellungen von Solidarität als sozialem Zusammenhalt wird hier eine Solidarität politischer Kämpfe ersichtlich, die zugleich durch ein normatives Band verknüpft werden können. Citizenship erscheint hier nicht als ein formeller Status oder ein abstraktes Ideal, sondern als ein politisches Konzept, das erst durch seine wiederholte Aktualisierung wirkmächtig wird und das auf einen engagierten Begriff des Politischen verweist.

Literatur

- Agustín, Óskar García; Jørgensen, Martin Bak 2019. *Solidarity and the »Refugee Crisis« in Europe*. Cham: Springer International Publishing.
- Ataç, Ilker et al. 2015. »Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken.«, in *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1, 2, 1–16.
- Balibar, Étienne 1990. »Gibt es einen ›Neo-Rassismus?‹«, in *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, hrsg. v. Balibar, Étienne; Wallerstein, Immanuel, S. 23–38. Hamburg: Argument Verlag.
- Balibar, Étienne 2012. *Gleichfreiheit: politische Essays*. Berlin: Suhrkamp.
- Bauböck, Rainer 2003. »Reinventing Urban Citizenship«, in *Citizenship Studies* 7, 2, S. 139–160.
- Bernhardt, Franz; Schwierz, Helge 2025. »Enacting Tenant Citizenship and Struggles for the Right to Home: Linking Activist, Active and Community Citizenship«, in *Citizenship Studies* 29, 1–2, S. 41–56.
- Boatcă, Manuela; Roth, Julia 2016. »Unequal and Gendered: Notes on the Coloniality of Citizenship«, in *Current Sociology* 64, 2, S. 191–212.
- Bosniak, Linda 2008. *The Citizen and the Alien: Dilemmas of Contemporary Membership*. 2. Auflage Hardcover, 1. Auflage Paperback. Princeton: Princeton University Press.
- Butler, Judith; Gambetti, Zeynep; Sabsay, Leticia. Hrsg. 2016. *Vulnerability in Resistance*. Durham: Duke University Press.

51 Balibar 2012.

52 Zur »demokratischen Differenz« zwischen Demokratieregimen und dem Demokratischen siehe Schwierz 2019, S. 47 ff.

- Caciagli, Carlotta; Milan, Chiara 2021. *Contemporary Urban Commons. Rebuilding the Analytical Framework* (Version 1.0) [Dataset]. University of Salento.
- Carens, Joseph H. 1987. »Aliens and Citizens: The Case for Open Borders«, in *The Review of Politics* 49, 2, S. 251–273.
- Casas-Cortes, Maribel 2019. »Care-tizenship: Precarity, Social Movements, and the Deleting/Re-writing of Citizenship«, in *Citizenship Studies* 23, 1, S. 19–42.
- Darling, Jonathan; Bauder, Harald. Hrsg. 2019. *Sanctuary Cities and Urban Struggles: Rescaling Migration, Citizenship, and Rights*. Manchester: Manchester University Press.
- della Porta, Donatella 2020. *Die schöne neue Demokratie: Über das Potenzial sozialer Bewegungen*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- della Porta, Donatella; Steinhilper, Elias 2021. »Introduction. Solidarities in Motion: Hybridity and Change in Migrant Support Practices«, in *Critical Sociology* 47, 2, S. 175–185.
- Dowling, Emma 2021. »Caring in Times of a Global Pandemic. Introduction«, in *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 46, 4, S. 7–30.
- Federici, Silvia 2020. *Die Welt wieder verzaubern: Feminismus, Marxismus & Commons*. Wien, Berlin: Mandelbaum kritik & utopie.
- Fisher, Berenice; Tronto, Joan 1990. »Toward a Feminist Theory of Caring«, in *Family: Critical Concepts in Sociology* 2, S. 29–54.
- Flesher Fominaya, Christina 2020. *Democracy Reloaded: Inside Spain's Political Laboratory from 15-M to Podemos*. Oxford: Oxford University Press.
- Flückiger, Natascha; Maaroufi, Mouna; Schilliger, Sarah Berit 2024. »Lokale Sorge-Infrastrukturen von unten als Antwort auf strukturelle Sorglosigkeiten«, in *Der Bewegungsraum und die Soziale Frage*, hrsg. v. Bescherer, Peter; Griesi, Elettra; Künkel, Jenny; Mackenroth, Gisela, S. 30–48. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gabauer, Angellika; Knierbein, Sabine; Cohen, Nir; Lebuhn, Henrik et al. Hrsg. 2022. *Care and the City: Encounters with Urban Studies*. London: Routledge.
- Gago, Verónica; Gutiérrez Aguilar, M. Raquel; Draper, Susana; Menéndez Díaz, Mariana; Montanelli, Marina; Rolnik, Suely; Bardet, Marie 2018. *8M – Der große feministische Streik: Konstellationen des 8. März*. Wien: transversal texts.
- Gerdes, Josefine; Maaroufi, Mouna; Schwiertz, Helge 2025. »Discursive Practices of Solidarity, Commoning, and Collective Subjectivation in Berlin and Hamburg: Framing De-Privatization and Socialization«, in *Framing Solidarities in Times of Multiple Crises*, hrsg. v. Pajnik, Mojka; della Porta, Donatella; Schwiertz, Helge; Bernhardt, Franz; Ribać, Marko. London: Palgrave Macmillan (im Erscheinen).
- Hess, Sabine; Lebuhn, Henrik 2014. »Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship«, in *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2, 3, S. 11–34.
- Holston, James. Hrsg. 1999. *Cities and Citizenship*. Durham: Duke University Press.
- Holston, James. 2008. *Insurgent Citizenship: Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil*. Princeton: Princeton University Press.
- Isin, Engin F. 2008. »Theorizing Acts of Citizenship«, in *Acts of Citizenship*, hrsg. v. Isin, Engin F.; Nielsen, Greg Marc, S. 15–43. London: Zed Books.
- Isin, Engin F. 2012. *Citizens without Frontiers*. London, New York: Bloomsbury.
- Isin, Engin F. 2024. *Citizenship: New Trajectories in Law*. London: Routledge.
- Jørgensen, Martin Bak; Makrygianni, Vasiliki 2020. »A Migrant's Tale of Two Cities: Mobile Commons and the Alteration of Urban Space in Athens and Hamburg«, in *Commoning the City*, hrsg. v. Özkan, Derya; Baykal Büyüksaraç, Güldem, S. 138–156. Abingdon: Routledge.
- Kleinschmidt, Malte; Kenner, Steve; Lange, Dirk 2019. »Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft«, in *Sprache, Flucht, Migration. Kritische, historische und pädagogische Annäherungen*, hrsg. v. Natarajan, Radhika, S. 407–416. Wiesbaden: Springer VS.
- Köster-Eiserfunke, Anna; Reichhold, Clemens; Schwiertz, Helge 2014. »Citizenship im Werden: Rechte, Habitus und Acts of Citizenship im Spiegel antirassistischer und migrantischer Kämpfe«, in *Grenzregime II*, hrsg. v. Heimeshoff, Lisa-Marie et al., S. 177–196. Berlin: Assoziation A.

- Lessenich, Stephan; Reder, Michael; Süß, Dietmar 2020. »Zwischen sozialem Zusammenhalt und politischer Praxis: Die vielen Gesichter der Solidarität«, in *WSI-Mitteilungen* 73, 5, S. 319–326.
- Lluis, Conrad 2023. *Hegemonie und Sozialer Wandel: Indignados-Bewegung, Populismus und Demokratische Praxis in Spanien, 2011–2016*. Bielefeld: transcript.
- Loick, Daniel 2017. »Wir Flüchtlinge: Überlegungen zu einer Bürgerschaft jenseits des Nationalstaats«, in *Leviathan* 45, 4, S. 574–591.
- Maaroufi, Mouna; Schwierz, Helge (im Erscheinen). »Politics Grounded in the Everyday: Transversal Solidarity across Migrant, Housing, and Social Justice Struggles in Hamburg-Wilhelmsburg«, in *Enacting Citizenship and Solidarity: Urban Struggles on Migration, Housing and Care in Europe*, hrsg. v. Schwierz, Helge; della Porta, Donatella; Jørgensen, Martin Bak; Pajnik, Mojca; Schillinger, Sarah. Bristol: Bristol University Press.
- Marx, Karl 2006 [1843]. »Zur Judenfrage«, in *Marx-Engels-Werke. Band 1: 1839 bis 1844*, S. 347–377. 16., überarbeitete Auflage. Berlin: Dietz.
- Mould, Oli; Cole, Jennifer; Badger, Adam; Brown, Philip 2022. »Solidarity, not Charity: Learning the Lessons of the COVID-19 Pandemic to Reconceptualise the Radicality of Mutual Aid«, in *Transactions of the Institute of British Geographers* 47, 4, S. 866–879.
- Odugbesan, Abimbola; Schwierz, Helge 2018. »We are here to stay: Refugee Struggles in Germany between Unity and Division«, in *Protest Movements in Asylum and Deportation*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena, S. 185–203. Cham: Springer.
- Oosterlynck, Stijn; Loopmans, Maarten; Schuermans, Nick; Vandenabeele, Joke; Zemni, Sami 2015. »Putting Flesh to the Bone: Looking for Solidarity in Diversity, Here and Now«, in *Ethnic and Racial Studies* 39, 5, S. 764–782.
- Pajnik, Mojca; Schwierz, Helge; della Porta, Donatella; Bernhardt, Franz; Ribač, Marko 2025. *Framing Solidarity in Times of Multiple Crisis: Social Movements across European Cities*. London: Palgrave Macmillan.
- Papadopoulos, Dimitris; Tsianos, Vassilios 2013. »After Citizenship: Autonomy of Migration, Organisational Ontology and Mobile Commons«, in *Citizenship Studies* 17, 2, S. 178–196.
- Parasoglou, Dimitris 2020. »Volunteering for Refugees and the Repositioning of State Sovereignty and Civil Society: The Case of Greece«, in *Citizenship Studies* 24, 4, S. 457–473.
- Poulantzas, Nicos 2002. *Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag.
- Rancière, Jacques 2002. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. 8. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Santos, Felipe G. 2020. »Social Movements and the Politics of Care: Empathy, Solidarity and Eviction Blockades«, in *Social Movement Studies* 19, 2, S. 125–143.
- Schilliger, Sarah 2021. »Infrastrukturen der Solidarität gegen Racial Profiling«, in *Die Stadt als Stätte der Solidarität*, hrsg. v. Kubaczek, Niki; Mokre, Monika, S. 229–253. Wien: transversal texts.
- Schwierz, Helge 2019. *Migration und radikale Demokratie: Politische Selbstorganisierung von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA*. Bielefeld: transcript.
- Schwierz, Helge 2022. »Radical Democratic Theory and Migration: The Refugee Protest March as a Democratic Practice«, in *Philosophy & Social Criticism* 48, 2, S. 289–309.
- Schwierz, Helge 2024. »Artikulation als Praxis der Theorie(um)bildung«, in *Die Praxis soziologischer Theoriebildung. Neue Soziologische Theorie*, hrsg. v. Anicker, Fabian; Armbuster, André, S. 217–249. Wiesbaden: Springer VS.
- Schwierz, Helge (im Erscheinen). *Horizontal Citizenship*. Leiden, Boston: Brill.
- Schwierz, Helge; Schwenken, Helen. Hrsg. 2022. *Inclusive Solidarity and Citizenship along Migratory Routes in Europe and the Americas*. London: Routledge.
- Shachar, Ayelet 2009. *The Birthright Lottery: Citizenship and Global Inequality*. Cambridge: Harvard University Press.
- Sitrin, Marina 2012. *Everyday Revolutions: Horizontalism and Autonomy in Argentina*. London: Zed Books.

- Sörensen, Paul 2023. *Präfigurative Politik*. Wien: Mandelbaum.
- Spade, Dean 2020. *Mutual Aid: Building Solidarity During this Crisis (and the next)*. London, New York: Verso.
- Supik, Linda; Kleinschmidt, Malte; Natarajan, Radhika; Neuburger, Tobias; Peeck-Ho, Catharina; Schröder, Christiane; Sielert, Deborah. Hrsg. 2022. *Gender, Race and Inclusive Citizenship: Dialoge zwischen Aktivismus und Wissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Tronto, Joan C. 2013. *Caring Democracy: Markets, Equality, and Justice*. New York: New York University Press.
- Ünsal, Nadiye 2015. »Challenging,Refugees‘ and,Supporters‘. Intersectional Power Structures in the Refugee Movement in Berlin«, in *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1, 2. <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/09.ünsal-refugees-supporters-oplitz-intersectionality.html> (Zugriff vom 17.05.2025).
- van Dyk, Silke; Haubner, Tine 2021. *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Varvarousis, Angelos 2022. *Liminal Commons: Modern Rituals of Transition in Greece*. London: Bloomsbury Academic.
- Young, Iris Marion 1989. »Polity and Group Difference: A Critique of the Ideal of Universal Citizenship«, in *Ethics* 99, 2, S. 250–274.

Zusammenfassung: Um das emanzipatorische Potenzial von Citizenship-Ansätzen in Bezug auf urbane soziale Bewegungen zu untersuchen, schlage ich den Begriff der »horizontalen Citizenship« vor. Hierzu diskutiere ich Ansätze performativer und urbaner Citizenship und stelle den anhaltenden Fokus auf legalistische Konzepte und staatliche Institutionen in den Citizenship Studies infrage. Darüber hinaus re-artikuliere ich den Citizenship-Begriff mit Konzepten, die gegenwärtig sowohl in akademischen Debatten als auch in sozialen Bewegungen Resonanz finden: Solidarität, Care und Commoning. Diese konzeptionellen Überlegungen werden kombiniert mit empirischen Fallstudien eines europäischen Forschungsprojekts.

Stichworte: Soziale Bewegungen, Citizenship, Solidarität, Care, Commons

Horizontal Citizenship: A Revision of Political Subjectivity Based on Urban Social Movements

Summary: To examine the emancipatory potential of citizenship approaches in relation to urban social movements, I propose the concept of »horizontal citizenship«. For this purpose, I discuss approaches of performative and urban citizenship and question the persistent focus on legalistic concepts and state institutions in citizenship studies. Moreover, I re-articulate the concept of citizenship with concepts that currently resonate in both academic debates and social movements: solidarity, care, and commoning. These conceptual considerations are combined with empirical case studies from a European research project.

Keywords: social movements, citizenship, solidarity, care, commons

Autor

Helge Schwiertz
Vertretungsprofessor für Allgemeine Soziologie
Fachbereich Sozialwissenschaften
Universität Hamburg
Allende-Platz 1
20146 Hamburg
Deutschland
helge.schwiertz@uni-hamburg.de



© Helge Schwiertz